

Markus Bradtke und Heinz-Jürgen Löwer

## **Brachflächenreaktivierung durch kulturelle Nutzungen**

**Kurzfassung der Dissertation**



Bochum, im Juli 1999

---

## Inhaltsverzeichnis

	<b>Seite</b>
1 Ausgangssituation und Fragestellung .....	2
2 Methodischer Ansatz .....	2
3 Theoretische Grundlagen .....	2
4 Fallstudien: Kulturelle Nutzungen auf Brachflächen .....	5
4.1 Jahrhunderthalle, Bochum .....	6
4.2 Landschaftspark Duisburg-Nord, Duisburg .....	7
4.3 AEG-Kanis, Essen.....	8
4.4 Baggerstadt Ferropolis, Gräfenhainichen (bei Dessau) .....	9
4.5 De Witte Dame, Eindhoven (Niederlande) .....	10
4.6 Tramway, Glasgow (Großbritannien) .....	11
4.7 Albert Dock, Liverpool (Großbritannien) .....	12
5 Revitalisierung von Industriebrachen durch kulturelle Projekte: Ergebnisse der Fallstudienuntersuchung .....	13

## 1 Ausgangssituation und Fragestellung

Durch Strukturkrisen in Industrieländern fielen ehemalige Produktionsflächen brach und hinterließen ein ökonomisches, ökologisches, städtebauliches und soziales Vakuum. Um dem Verfall ganzer Städte und Regionen entgegenzuwirken, müssen diese Bereiche neu genutzt werden. Bei den notwendigen Arbeitsschritten ist zu berücksichtigen, in welchem Zustand sich die Areale befinden (Kontaminationsproblematik), welches räumliche und ökonomische Umfeld (Bodenmarkt) vorliegt, wie sich das Verwertungsinteresse des Alteigentümers darstellt, ob Finanzierungsalternativen abrufbar sind und in welcher Form politische Meinungen und Voten existieren.

Während in wachstumsorientierten Standorten die Reaktivierung von Industriebrachen normal ist, erweist sich die Wiedernutzung in krisenbetroffenen Regionen oft als schwierig. Dies erfordert die Konzeption von Lösungsvorschlägen. Neben traditionellen Ansiedlungen von Gewerbe, Wohnen oder Dienstleistungen kann auch eine kulturelle Nutzung in Frage kommen. Gründe liegen in zumeist niedrigen Mieten, zentralen Lagen und in dem besonderen Charakter der „ungewöhnlichen Orte“. Außerdem übernehmen kulturelle oder kulturbezogene Nutzungen auf Brachflächen Pionierfunktion, stellen sinnvolle Interimslösungen dar, oder entwickeln sich zu Dauereinrichtungen. Kultur kann so einen Beitrag zur Stadtentwicklung leisten und Wirtschafts-, Standort- und Imageförderung bedeuten.

Die sich hieraus ergebende Frage nach der Initiierung und Realisierung solcher Alternativen führt zu der Zielsetzung der vorliegenden Arbeit. Durch die Untersuchung von Fallbeispielen werden die Entstehungs- und Umsetzungsprozesse kultureller Nutzungen auf Brachen in altindustriellen Städten analysiert und Hinweise zur Realisierung solcher Projekte formuliert. Im Rahmen dieser Auswertung bilden die involvierten Akteure, die Finanzierung, organisatorische- und planungsrechtliche Aspekte sowie die Medienbegleitung, Schwerpunkte.

## 2 Methodischer Ansatz

Als methodischer Ansatz findet die Fallstudienforschung (als Multiple-Case-Study-Research) Anwendung. Zur Eignungsprüfung des methodischen Ansatzes wurde eine Pilotstudie durchgeführt. Bei den sieben ausgewählten Projekten handelt es sich um Beispiele aus Deutschland, den Niederlanden und Großbritannien. Die Untersuchungsergebnisse basieren auf der Auswertung formeller und informeller Literatur, dem Aktenstudium und der -analyse sowie Expertengesprächen.

## 3 Theoretische Grundlagen

Der wissenschaftstheoretische Ansatz der Untersuchung ergibt sich aus der Theorie der Regulation. Dieser Forschungsansatz stellt einen umfassenden und interdisziplinären Erklärungsansatz für den Strukturwandel in kapitalistischen Industriegesellschaften dar. Er untersucht die jeweiligen Entwicklungszusammenhänge des Strukturwandels in ihrem jeweiligen historischen Kontext, basierend auf Gesellschaft und Raumstruktur. Die Theorie der Regulation dient als Grundlage zur Analyse der als „Fordismus“ bezeichneten vergangenen Phase der kapitalistischen Gesellschaftsentwicklung und den sich daran

anschließenden Übergang in die „post-fordistische“ Zeit. In diesem gesamtgesellschaftlichen Strukturwandel sind insbesondere solche Städte und Regionen benachteiligt, die in ökonomischer, sozialer, kultureller und politischer Hinsicht von fordistischen Strukturen geprägt sind. Beispiele solcher Städte und Regionen sind das Ruhrgebiet, Liverpool, Eindhoven oder Glasgow. Zur Überwindung der Strukturkrise gilt es vor allem, mentale Altlasten politisch und gesellschaftlich zu überwinden und tatsächliche, räumliche Belastungen auszuräumen, um so dem materiellen, sozialen, ökonomischen und ökologischen Niedergang entgegenzuwirken. Veränderungen in der Planungskultur bieten hierzu Ansätze und Instrumentarien. Neue Kooperationsformen von Staat, Unternehmen/Kapital und gesellschaftlichen Gruppen zeigen Lösungen auf und führen zu einer Verlagerung staatlichen Handelns auf unternehmensähnliche Organisationsformen. Das Leitbild der abstrakten Entwicklungsplanung wandelte sich zu einem pragmatischen und projektorientierten Implementierungsmechanismus. Die hieraus erwachsene Planungskultur des „perspektivischen Inkrementalismus“ reagiert flexibler und marktgerechter als das vorangegangene Modell der Entwicklungsplanung auf die neuen Erfordernisse; bedingt durch den zwischenzeitlich erfolgten ökonomisch-technischen und politisch-institutionellen Umbruch. Auch die Einstellungen und Werte lokaler Politiker verändern sich: Die Umsetzung von planerischen Zielsetzungen - früher durch überwiegenden Einsatz öffentlicher Finanzmittel - erfolgt heute auch unter Einbeziehung privater Potentiale und Ressourcen (Abwälzung von Planungs- und Folgekosten, Erstellung von sozialer Infrastruktur). So bewirken die Defizite der öffentlichen Haushalte neue Kooperationsformen mit Vorteilen für beide Seiten.

Gegenstand der Untersuchung sind industrielle Brachen, d.h. Flächen und Gebäude, technische Anlagen oder sonstige Bauwerke. Klassische Reaktivierungsansätze, wie Gewerbeparks oder Technologiezentren, stehen oft im Widerspruch zu historisch sozio-ökonomischen Entwicklungen und zeigen als artifizielle Implantate nur bedingt Erfolge. Brachen sind belastet, physisch und mental, mit der negativen Folge sinkender Bodenpreise im Umfeld und nachlassender Investitionsbereitschaft privater Investoren. Gleichwohl bieten solche Standorte Chancen und Potentiale für die Stadt- und Regionalentwicklung. Die Umnutzung dieser Flächen fördert die Innenentwicklung bei gleichzeitiger Schonung des Freiraums. Ehemals industriell genutzte Bauwerke und technische Anlagen sichern in ihren Umnutzungen kollektive Erinnerungswerte und bilden Identifikationsmerkmale von Städten und Regionen. Sie bieten als Industriedenkmäler im Bereich des Städtetourismus in Form des Industriekultur-tourismus ökonomisch interessante Potentiale. So können als Umnutzungsalternativen kulturelle Projekte in Betracht kommen und sich zu Bausteinen innerhalb der städtischen Kultur entwickeln.

Kultur in der Stadt ist notwendig; sie weist im Rahmen der Stadtentwicklung eine wichtige Rolle für den Bereich einer differenzierten Daseinsvorsorge auf. Auch als ernstzunehmender Wirtschaftsfaktor, hier ist vor allem die Funktion der Kultur als „weicher“ Standortfaktor, sowie ihre positiven Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt zu nennen, kommt der Kultur eine zunehmend größere Bedeutung zu. Diesen Stellenwert hält sie bereits seit Anfang der 70er Jahre und verkörpert auf dem Wege zu einer humanen Stadt einen Gegenpol zur wachsenden Vorherrschaft von Ökonomie und Technik. Da sich bis heute gesellschaftliche Strukturen änderten, ist der Stellenwert der Kultur neu zu definieren. Sie muß wieder zur Baukultur werden. Konzepte für regions- und städte-typische Kulturprofile unter dem Grundsatz einer Vermeidung von Austauschbarkeiten sind zu erarbeiten, der Dialog zwischen Künstlern, Planern und Politikern ist anzuregen und organisatorische Vernetzungen zur Einrichtung eines ständigen interaktiven Erfahrungsaustausches müssen geschaffen werden. Hierzu besteht das Erfordernis, organisatorische Änderungen in der Kulturverwaltung, z.B. in Form dezentraler Ressourcenverantwortung in Eigenbetrieben

oder neue Kooperationen als Public-Private-Partnerships vorzunehmen. Kultur kann so wirtschaftliche Aktivitäten bewirken, Arbeitsplätze schaffen, Imageverbesserungen auslösen und den Strukturwandel aktiv begleiten. Dies wird verstärkt durch kulturelle Großereignisse, wie Welt- und Bauausstellungen, Kulturhauptstadtjahre etc.

Hilfestellung bieten in diesem Zusammenhang die Industriekultur mit dazugehöriger Industriedenkmalpflege und der Industriekulturtourismus. Umdenkungsprozesse und Liberalisierungsansätze verdrängen die zuweilen herrschende Verklärung heroischer Industriearchitektur. Als Zielsetzung gilt neben der baulichen Erhaltung zunehmend auch die (Um-) Nutzung. Da die Abriß- und Dekontaminationskosten mit den Aufwendungen für eine Neuverwertung häufig deckungsgleich sind, bieten sich finanzielle Umsortierungen an. Hinzu kommt, daß der Erhalt von Industriedenkmalern nicht aufwendiger oder preiswerter ist, als der von anderen Denkmälern. Des weiteren entstehen Einnahmen und Arbeitsplätze. Wichtige Zeugen der industriellen Vergangenheit werden gerettet, ehemals „verbotene Orte“ von Produktionsstätten ins öffentliche Bewußtsein gehoben. Verstärkung bewirkt die touristische Erschließung dieser Bereiche, die Entdeckung des kulturellen Erbes als positive Zeichensetzung für die Revitalisierung belasteter Regionen.

Ohne eine öffentliche Finanzierung sind kulturelle Brachennutzungen nicht realisierbar. Da jedoch die Kulturhaushalte des öffentlichen Sektors traditionsgemäß schmal ausfallen, sind private Zuwendungen als Komplementärmittel einzuwerben. Dies können Stiftungen, Mäzene, Sponsoren oder Privatpersonen (auch Investoren, Developer, o.ä.) leisten. Dabei sind kulturelle Zielsetzungen mit ökonomischen Vorgaben abzugleichen. Bei diesem Prozeß gilt es, ein gewisses Maß an Sensibilität einzusetzen. Während Stiftungen, Mäzenatentum und Sponsoring nach wie vor eine vergleichsweise geringe Rolle bei der Finanzierung kultureller Projekte spielen, wenn auch mit steigender Tendenz, sind Kooperationen mit Privaten (z.B. in Form von Public-Private-Partnerships) zunehmend wichtig und vorteilhaft für alle Beteiligten. Häufig bewirken öffentliche Grundfinanzierungen, z.B. für die Herrichtung von Gebäuden, die Dekontamination von Flächen, den Bau von notwendigen Infrastrukturmaßnahmen, einen Anstoßeffekt für private Investitionen. Kulturelle Nutzungen treten so in eine erfolgreiche Konkurrenz zu traditionellen Verwertungskonzepten zur Reaktivierung von Industriebrachen. Die gerade von Vertretern der konservativen Kulturszene so oft beschworene „Kunstfreiheitsgarantie“ muß daher, insbesondere vor dem Hintergrund der schwierigen öffentlichen Finanzierungsmöglichkeiten, diskutierbar sein und darf nicht dogmatisch beurteilt werden.

Bei der Zusammenführung der Bereiche Kultur und Brachen ist es erforderlich, zu erkennen, welche Rahmenbedingungen für die Entstehung und Entwicklung kultureller Vorhaben auf ehemaligen Industriestandorten gegeben sein müssen und welche Mechanismen in Gang zu setzen sind, um solche Projekte zu initiieren. Hier bilden sich folgende Bausteine als Einflußfaktoren bei der Entstehung und Entwicklung kultureller Projekte auf Brachen heraus: Standort - kulturelles Projekt - lokales Planungs- und Entscheidungsmilieu - Stellenwert der Kultur im Rahmen der Stadtentwicklungsplanung und -politik - Akteursszenario (öffentlicher Sektor, privater Sektor, Alteigentümer, Künstler, Bürger, Medien) - Finanzierung. Eine günstige Konstellation dieser Einflußfaktoren kann die kulturelle Umnutzung brachliegender Industriestandorte und ihres Umfeldes bewirken. Kultur ist in der Lage, belastete Räume oder Situationen neu zu definieren und besondere Orte zu schaffen. In diesem Zusammenhang fällt die Diskussion über potentielle Risiken einer kulturellen Brachenreaktivierung. So besteht die Möglichkeit, daß Kunst und Kultur - veranlaßt durch ihre Akteure - Verdrängungsprozesse („Gentrification“) bei der Wohnbevölkerung, bedingt durch Bodenwert- und Mietsteigerungen, auslösen

können. Andererseits ist es auch vorstellbar, daß kulturelle Aktivitäten Wiederinwertsetzungen krisenbetroffener Quartiere bewirken.

#### **4 Fallstudien: Kulturelle Nutzungen auf Brachflächen**

Auf der Basis der theoretischen Grundlagen erfolgte die Auswahl von Fallstudien unter Berücksichtigung zugrundeliegende Forschungsfragen, der Verfügbarkeit von Informationen und der Mitwirkungsbereitschaft von Interviewpartnern. Die Untersuchung beinhaltet sieben Fallstudien (Entwicklungsstand 31.08.1998).

<i>Fallstudie 1</i>	Jahrhunderthalle, Bochum ( <i>Pilotstudie</i> )
<i>Fallstudie 2</i>	Landschaftspark Duisburg-Nord, Duisburg
<i>Fallstudie 3</i>	AEG-Kanis, Essen
<i>Fallstudie 4</i>	Baggerstadt Ferropolis, Gräfenhainichen bei Dessau
<i>Fallstudie 5</i>	De Witte Dame, Eindhoven (Niederlande)
<i>Fallstudie 6</i>	Tramway, Glasgow (Großbritannien)
<i>Fallstudie 7</i>	Albert Dock, Liverpool (Großbritannien)

Bei der Untersuchung dieser Projekte liegen vier übergeordnete Forschungsschwerpunkte zugrunde:

1. Die Bedeutung kultureller und kulturbezogener Nutzungen auf Brachflächen.
2. Der Entstehungs- und Umsetzungsprozeß von kulturellen oder kulturbezogenen Projekten auf Brachflächen.
3. Die Akteure und Projektsteuerung des Entstehungs- und Entwicklungsprozesses kultureller und kulturbezogener Nutzungen auf Brachflächen.
4. Die Kosten und Finanzierung von kulturellen und kulturbezogenen Nutzungen auf Brachflächen.

In den folgenden Abschnitten werden die Fallstudien in tabellarischer Form dargestellt.

## 4.1 Jahrhunderthalle, Bochum

<b>derzeitige Nutzung</b>	multifunktionale Veranstaltungshalle
<b>Standort</b>	ehemalige Gaskraftzentrale auf einem Stahlwerksstandort unmittelbar westlich der Bochumer Innenstadt
<b>Eigentümer</b>	Alteigentümerin: Krupp Stahl AG (bis 1988); seit 1988: LEG NRW
<b>kulturelle Aneignung</b>	erste Ideen zur kulturellen Umnutzung: Städtebaulicher Wettbewerb/ Workshop (1989) kulturelle Besetzung: Studenten der Universität Mainz (Prof. Durth) (1990); Bochumer Symphoniker (GMD Kloke) (1991)
<b>Planungsverfahren</b>	Aufstellungsbeschuß Bebauungsplan (1990), Einleitungsbeschuß städtebauliche Entwicklungsmaßnahme (1990) zahlreiche informelle/sonstige Planungen (Rahmenpläne, Nutzungskonzept, Einzelgutachten) (Anmerkung: Die Jahrhunderthalle ist integraler Bestandteil des Gesamtprojekts „Dienstleistungspark Innenstadt-West“.)
<b>Denkmalschutz</b>	seit 1991
<b>Hauptakteure</b>	Krupp Stahl AG (Alteigentümerin; geringe Beteiligung am Umnutzungsprozeß) Stadt Bochum (Planungsverfahren, Veranstaltungsmanagement) LEG NRW (Eigentümerin, aktiv am Umnutzungsprozeß beteiligt, Durchführung der Herrichtungsmaßnahmen) MASSKS (aktive Beteiligung am Umnutzungsprozeß, Bereitstellung von Fördermitteln) IBA Emscher Park (unterstützende Funktion; „Katalysator“) ANIMA GmbH (Planung und ggf. Realisierung des Erlebnisparcs ANIMA nach Ideen des Künstlers André Heller) Künstler/Besucher (Nutzer der Halle) Medien (s.u.)
<b>Schlüsselpersonen</b>	Karl Ganser, Direktor der IBA Emscher Park (mit Einschränkungen)
<b>Projektsteuerung</b>	komplexe, z.T. dysfunktionale Organisationsstrukturen auf derzeit vier Steuerungsebenen; Veranstaltungsmanagement durch Stadt Bochum
<b>Medien/ Öffentlichkeitsarbeit</b>	regelmäßige Berichterstattung überwiegend lokaler/regionaler Medien; geringe aktive Öffentlichkeitsarbeit
<b>Kosten/ Finanzierung</b>	Gesamtkosten: ca. 88 Mio. DM; Finanzierung: öffentliche Förderung (Grundstücksfonds Ruhr/NRW, Ökologieprogramm Emscher Lippe, Regionales Wirtschaftsförderungsprogramm des Landes NRW/EU-Programm); z.T. Einnahmen durch Veranstaltungen
<b>Events/Festivals/ Großereignisse</b>	Die Jahrhunderthalle (als Bestandteil der Gesamtmaßnahme Dienstleistungspark Innenstadt-West) ist ein Projekt der IBA Emscher Park
<b>Einschätzung</b>	Eine dauerhafte kulturelle Umnutzung der Jahrhunderthalle findet bislang nur bedingt statt. Das Projekt erfährt auf gemeindlicher Ebene nur eingeschränkt Unterstützung. Die Realisierung von ANIMA ist gescheitert.

## 4.2 Landschaftspark Duisburg-Nord, Duisburg

<b>derzeitige Nutzung</b>	multifunktionaler Veranstaltungsort
<b>Standort</b>	ehemaliges Hüttenwerk im Norden der Stadt Duisburg zwischen den Stadtteilen Hamborn und Neumühl
<b>Eigentümer</b>	Alteigentümerin: Thyssen Stahl AG (bis 1989); seit 1989: LEG NRW
<b>kulturelle Aneignung</b>	erste Ideen zur musealen/kulturellen Umnutzung wurden von dem Kunsthistoriker Wolfgang Ebert entwickelt; weitere Umnutzungsvorschläge formulierten Bürger und Interessengruppen; seit August 1990 regelmäßige kulturelle Nutzung des Standortes
<b>Planungsverfahren</b>	Ratsbeschluß 1988: Ausweisung des ehemaligen Hüttenwerks als Freiraum/Grünfläche und zur Naherholung; zahlreiche informelle/sonstige Planungen (Rahmenpläne, Nutzungskonzept, Einzelgutachten)
<b>Denkmalschutz</b>	Antrag 1991 (Verfahren laufend)
<b>Hauptakteure</b>	Thyssen Stahl AG (Alteigentümerin; aktive Beteiligung am Umnutzungsprozeß 1990-1992) LEG NRW (Eigentümerin; Planung und Umsetzung des Projektes durch die LEG NRW Außenstelle Duisburg) Stadt Duisburg (parlamentarische Begleitung und Unterstützung) IBA Emscher Park (inhaltliche Unterstützung, „Katalysator“) Bürger und Interessengruppen (Ideeengeber zur Umnutzung; Nutzer) Landesregierung NRW (politische und finanzielle Unterstützung)
<b>Schlüsselpersonen</b>	Künstler/Besucher (Nutzer des Landschaftsparks) Wolfgang Ebert, Kunsthistoriker/Mitbegründer der Deutschen Gesellschaft für Industriegeschichte Jörg Forßmann, Leiter der LEG NRW Außenstelle Duisburg
<b>Projektsteuerung</b>	Karl Ganser, Direktor der IBA Emscher Park funktionale Projektsteuerung unter Leitung der LEG NRW (unter Einbeziehung des Alteigentümers, der Stadt Duisburg und Interessenvertreter; Veranstaltungsmanagement bis 1997 durch LEG NRW; seit 1997 durch die Betriebsgesellschaft Landschaftspark Duisburg-Nord GmbH)
<b>Medien/ Öffentlichkeitsarbeit</b>	regelmäßige intensive Berichterstattung lokaler/regionaler/überregionaler Medien; Film- und Fernsehproduktionen; aktive Öffentlichkeitsarbeit (Veröffentlichung von Broschüren, Fachaufsätzen, Postkarten, Postern, Schriften etc.)
<b>Kosten/ Finanzierung</b>	Gesamtkosten ca. 70 Mio. DM; Finanzierung: öffentliche Förderung (Grundstücksfonds Ruhr/NRW, Strukturhilfemittel ZIM, Mittel des Programms „Handlungsrahmen für die Kohlegebiete“, Ökologieprogramm Emscher-Lippe, Stadt Duisburg, Regionales Wirtschaftsförderungsprogramm des Landes NRW, Städtebauförderungsmitel, Arbeitsförderungsprogramme); z.T. Einnahmen durch Veranstaltungen
<b>Events/Festivals/ Großereignisse</b>	Der Landschaftspark Duisburg-Nord ist ein Projekt der IBA Emscher Park.
<b>Einschätzung</b>	Das Projekt Landschaftspark Duisburg-Nord hat sich innerhalb von knapp vier Jahren zu einem erfolgreichen, multifunktional und kulturell genutzten Veranstaltungsort mit potentieller Dauerhaftigkeit entwickelt.

### 4.3 AEG-Kanis, Essen

<b>derzeitige Nutzung</b>	Musicaltheater der Stella Musical AG für das Musical „Joseph and the Amazing Technicolor Dreamcoat“ (bis Dezember 1999)
<b>Standort</b>	ehemaliges Betriebsgelände der AEG-Kanis; Lage: unmittelbar am westlichen Rand der Essener Innenstadt
<b>Eigentümer</b>	Alteigentümerin: AEG-Kanis (bis 1988); Zwischeneigentümerin: Stadt Essen (1988-1994); seit 1994: LEG NRW
<b>kulturelle Aneignung</b>	Erste Überlegungen zur kulturellen Umnutzung des AEG-Kanis Areals gehen auf Planungen der Essener Wirtschaftsförderungsgesellschaft (EWG) zurück (1992/1993). 1993 bietet Stella Musical AG der Stadt Essen den Umbau der VIII. Mechanischen Werkstatt zu einem Musicaltheater an; 1994 gründen Stella und LEG NRW eine Public-Private-Partnership und Realisieren gemeinsam den Umbau. 13.12.1996 Premiere von „Joseph“
<b>Planungsverfahren</b>	Bebauungsplan (Satzungsbeschluss 1997) informelle/sonstige Planungen: Workshop, städtebaulicher Wettbewerb, Rahmenplan ExWoSt-Begleitung des Planungsprozesses seit 1996
<b>Denkmalschutz Hauptakteure</b>	seit 1989 AEG-Kanis (Alteigentümerin; kaum Bedeutung im Umnutzungsprozess) Landesregierung (Bereitstellung von öffentlichen Fördermitteln) Stadt Essen (Projektsteuerung; parlamentarische Begleitung) Essener Wirtschaftsförderungsgesellschaft (EWG) (Projektsteuerung) LEG NRW (Projektsteuerung) Stella Musical AG (Investor, Betreiber des Musicals „Joseph“)
<b>Schlüsselpersonen</b>	Irene Wiese von Ofen (Stadt Essen, Beigeordnete) Rolf Heyer (LEG NRW, Geschäftsbereichsleiter) Ulrich Tappe (LEG NRW, Projektleiter) Horst Zierold (EWG, ehemaliger Prokurist) Jürgen Odenthal (EWG, Projektleiter)
<b>Projektsteuerung</b>	funktionale Projektsteuerung durch Stadt Essen/EWG/LEG NRW; Gründung der Besitzgesellschaft MTE Musical-Theater Essen GmbH für den Umbau der Halle (51% Stella/49% LEG NRW); Produktionsgesellschaft „Joseph“ (100% Stella)
<b>Medien/ Öffentlichkeitsarbeit</b>	laufende intensive Medienbegleitung (lokal/regional/überregional); intensive Öffentlichkeitsarbeit (Broschüren, Fachaufsätze; Videoproduktion, Dokumentation von Wettbewerben und Workshops)
<b>Kosten/ Finanzierung</b>	Gesamtkosten ca. 80 Mio. DM (öffentliche Finanzierung: Grundstücksfonds Ruhr/NRW, Regionales Wirtschaftsförderungsprogramm NRW, Städtebauförderungsmittel; private Investitionen der Stella Musical AG)
<b>Events/Festivals/ ... Einschätzung</b>	Premierenfeier (13.12.1996) Zügige Realisierung der kulturellen Umnutzung der ehemaligen VIII. Mechanischen Werkstatt durch eine Private-Public-Partnership zwischen Stadt Essen/EWG, LEG NRW und Stella Musical unter Beachtung des Denkmalschutzes. Die vorzeitige, betriebswirtschaftlich bedingte, Einstellung des Musicals „Joseph“ spricht nicht gegen den Standort.

#### 4.4 Baggerstadt Ferropolis, Gräfenhainichen (bei Dessau)

<b>derzeitige Nutzung</b>	multifunktionaler Veranstaltungsort
<b>Standort</b>	ehemaliger Braunkohletagebau nordwestlich der Stadt Gräfenhainichen
<b>Eigentümer</b>	Lausitzer und Mitteldeutsche Braunkohle-Verwaltungsgesellschaft (LMBV)/Mitteldeutsche Braunkohlengesellschaft mbH (MIBRAG)
<b>kulturelle Aneignung</b>	1991 bemüht sich das Bauhaus Dessau um den Erhalt von Tagebaugroßgeräten (Bagger/Absetzer); der Eigentümer MIBRAG akzeptiert diesen Vorschlag. 1991/92 präsentiert Martin Brück ein Konzept (Diplomarbeit) zur kulturellen Umnutzung der Tagebaugroßgeräte. Im Jahr 1992 findet die Öffnung des Areals statt.
<b>Planungsverfahren</b>	1993 Abschlußbetriebsplan der LMBV; 1994 unbefristete Betriebszulassung durch das Bergamt Halle; 1997 Ratsbeschuß der Stadt Gräfenhainichen/Gemeinde Jüdenberg zur Aufstellung eines Bebauungsplanes; 1997 Patentschutz für Ferropolis; informelle/sonstige Planungen (Machbarkeitsstudie, Rahmenplan, Strukturkonzept)
<b>Denkmalschutz</b>	seit 1994 Denkmalschutz für die Tagebaugroßgeräte
<b>Hauptakteure</b>	Stiftung Bauhaus Dessau (Ideengeber und Promotor des Projektes) LMBV und MIBRAG (Alteigentümer, Umsetzung des Abschlußbetriebsplans) EXPO 2000 Sachsen-Anhalt (Unterstützung: finanziell, Marketing, ideell) Stadt Gräfenhainichen (parlamentarische Begleitung, formelles Planverfahren) RP Dessau (begleitend) IBA Emscher Park (begleitend)
<b>Schlüsselpersonen</b>	Rainer Weisbach/Martin Brück (wissenschaftliche Mitarbeiter am Bauhaus Dessau) Lothar Hensel (Bürgermeister der Stadt Gräfenhainichen) Karl Ganser, Direktor der IBA Emscher Park
<b>Projektsteuerung</b>	Die Experimentelle Werkstatt am Bauhaus bemüht sich bis 1991 um die Projektrealisierung. Nach der Festlegung von Ferropolis als Projekt der EXPO 2000 ergibt sich eine Kooperation zwischen Bauhaus, Stadt Gräfenhainichen und RP Dessau. Ab 1997 übernimmt die Ferropolis GmbH Museum und Veranstaltungen (mit privaten Partnern) die Realisierung des Vorhabens.
<b>Medien/ Öffentlichkeitsarbeit</b>	regelmäßige Berichterstattung lokaler/regionaler/ überregionaler Medien; Fernsehproduktionen; aktive Öffentlichkeitsarbeit (Broschüren, Fachaufsätze, Poster) des Bauhauses und der EXPO 2000 Sachsen-Anhalt
<b>Kosten/ Finanzierung</b>	Gesamtkosten ca. 10 Mio. DM; Förderung durch das Land Sachsen-Anhalt und Stadt Gräfenhainichen; Einsatz von Mitteln des Eigentümers durch eingesparte Verschrottungskosten für die Tagebaugroßgeräte
<b>Events/Festivals/ Großereignisse</b>	Projekt der EXPO 2000 Sachsen-Anhalt mit Unterstützung durch die IBA Emscher Park
<b>Einschätzung</b>	Aus einer Vision, die das Bauhaus Dessau im Spannungsfeld der politischen, ökologischen und ökonomischen Wende entwickelte, entstand ein spektakuläres Einzelprojekt der EXPO 2000 Sachsen-Anhalt. Es wurde finanziell und ideell gefördert vom Alteigentümer, begleitet von der IBA Emscher Park und unterstützt von den beteiligten Gemeinden.

#### 4.5 De Witte Dame, Eindhoven (Niederlande)

<b>derzeitige Nutzung</b>	multifunktional genutzter Gebäudekomplex mit Design-Zentrum, öffentlicher Bibliothek, Philips Design und kommerziellen Einrichtungen
<b>Standort</b>	ehemalige Produktionsstätte für Leuchtmittel und Radioröhren der Firma Philips; Lage: nördlicher Innenstadtrand
<b>Eigentümer</b>	Alteigentümerin: Fa. Philips; seit 1994: Ontwikkelingscombinatie De Witte Dame v.o.f.
<b>kulturelle Aneignung</b>	Freie Künstler aus Eindhoven entwickeln erste Nutzungsideen zur kulturellen Umnutzung der Witte Dame. Dieses Konzept wurde später mit dem Schwerpunkt Design konkretisiert und umgesetzt.
<b>Planungsverfahren</b>	Bestimmungsplan (verbindlicher Bauleitplan); Aktualisierung nach Abschluß des Umnutzungsprozesses geplant; informelle/sonstige Planungen: Machbarkeitsstudie der Stichting Emmasingel; Investoren-Wettbewerb; gemeindliches Entwicklungskonzept
<b>Denkmalschutz Hauptakteure</b>	geplant (nach Abschluß aller Umbauarbeiten) Stichting Emmasingel (formeller Zusammenschluß lokaler Künstler); Stadt Eindhoven (parlamentarische Begleitung; öffentliche Förderung); Philips Vastgoed Beheeren Diensten (Philips Immobiliengesellschaft); Ontwikkelingscombinatie De Witte Dame v.o.f. (Investor)
<b>Schlüsselpersonen</b>	Design Academy, Philips Design, European Design Centre, öffentliche Bibliothek (Hauptnutzer der Witte Dame) Bert Hermens (Ideenträger; Mitbegründer der Stichting Emmasingel); W. Dekker (Aufsichtsratsvorsitzender der Philips Electronics N.V. und 1. Vorsitzender der Stichting Emmasingel); Eric Poell (Stadtplaner bei IBC Vastgoed; ehemaliger Sekretär der Stichting Emmasingel); Nico van der Spek (Stadt Eindhoven, Beigeordneter für Planung); Jan Lucassen (Stichting Emmasingel; Direktor Design Academy)
<b>Projektsteuerung</b>	Gründung einer Stichting als formeller Zusammenschluß freier Künstler mit dem Ziel, die Witte Dame zu erhalten und kulturell umzunutzen. Die Projektrealisierung erfolgte durch den Investor.
<b>Medien/ Öffentlichkeitsarbeit</b>	laufende Medienbegleitung (lokal/regional/überregional); Fachaufsätze; Internetveröffentlichungen; Projektdokumentation durch den Investor
<b>Kosten/ Finanzierung</b>	Gesamtkosten 85 Mio. Gulden (ca. 76,5 Mio. DM), davon öffentliche Förderung 20 Mio. Gulden (Europäischer Fonds für Regionalentwicklung; Regiofonds Financieringsschap Strategische Projecten Stadsregio Eindhoven en Omgeving; Stadterneuerungsmittel Stadt Eindhoven; Ministerie van Volkshuisvesting, Ruimtelijke Ordening en Milieubeheer (Städtebauministerium); Programm „Stimulus“; Ministerie van Binnenlandse Zaken (Innenministerium); privates Investment (65 Mio. Gulden), Einnahmen durch Vermietung
<b>Events/Festivals/ Einschätzung</b>	Eröffnungsfeier mit überwiegend lokaler Bedeutung Die Ursprungsidee, die Witte Dame zu einem Zentrum für Künstler unterschiedlicher Disziplinen herzurichten, wurde aus ökonomischen und politischen Gründen mit dem Schwerpunkt Design modifiziert. Die Realisierung des Umnutzungskonzeptes erfolgte durch einen privaten Investor innerhalb von nur zwei Jahren. Dabei wurden der Alteigentümer Philips sowie öffentliche und kommerzielle Nutzer eingebunden.

#### 4.6 Tramway, Glasgow (Großbritannien)

<b>derzeitige Nutzung</b>	multifunktionaler Veranstaltungsraum, überwiegend für experimentelle Kulturveranstaltungen
<b>Standort</b>	ehemaligen Straßenbahndepot im Stadtteil Pollokshields südlich des River Clyde, ca. 2,5 km vom Stadtzentrum City of Glasgow
<b>Eigentümer</b>	City of Glasgow
<b>kulturelle Aneignung</b>	Nach der Nutzungsaufgabe (1954) wurde das Gebäude 10 Jahre später als Museum of Transport umgenutzt und 1988 (nach Verlagerung des Museums) für eine kulturelle Nutzung hergerichtet: Zuerst für die Aufführung des Theaterstücks „Mahabharata“, danach für das Kulturhauptstadtjahr 1990 und sich daran anschließender Dauernutzung bis heute.
<b>Planungsverfahren</b>	Das Projekt fügt sich unproblematisch in den bestehenden Local Plan (verbindlicher Bauleitplan) ein. Eine Baugenehmigung für die Umnutzung endete 1994. Damit ist die kulturelle Nutzung derzeit formell illegal, wird aber auch ohne diese Absicherung weiter betrieben.
<b>Denkmalschutz</b>	seit 1990 teilweise (Fassade) (Listed Building Grade B)
<b>Hauptakteure</b>	Festivals Office (Projektgruppe der Stadt Glasgow zur Vorbereitung und Durchführung des Kulturhauptstadtjahres 1990); Stadt Glasgow, City of Glasgow Council (Stadtrat, parlamentarische Begleitung, Finanzierung); Stadt Glasgow, Department of Performing Arts and Venues (Kulturverwaltung; betriebliche und künstlerische Leitung von Tramway)
<b>Schlüsselpersonen</b>	<i>Robert Palmer</i> (Direktor des Festivals Office) und sein Stellvertreter <i>Neil Wallace</i> machen den Theater Regisseur <i>Peter Brooks</i> auf Tramway aufmerksam und initiieren damit die zweite kulturelle Aneignung (nach vorheriger musealer Umnutzung); Bürgermeister <i>Pat Lally</i> setzt sich persönlich für das Projekt Tramway ein und unterstützt das Vorhaben politisch.
<b>Projektsteuerung</b>	Die Projektsteuerung erfolgt durch die Stadt Glasgow (bis Ende 1990 durch das Festivals Office; seit 1991 durch das Department of Performing Arts and Venues)
<b>Medien/ Öffentlichkeitsarbeit</b>	laufende Medienbegleitung (lokal, regional, überregional); Beiträge in Fachzeitschriften und Fachbüchern; aktive und intensive Öffentlichkeitsarbeit durch die Stadt Glasgow (zunächst Festivals Office, später Department of Performing Arts and Venues)
<b>Kosten/ Finanzierung</b>	Gesamtkosten £500.000 (ca. 1,5 Mio. DM); öffentliche Finanzierung durch die Stadt Glasgow, Scottish Arts Council, National Lottery Fund; öffentliche Sonderzuwendung im Rahmen des Kulturhauptstadtjahres; Sponsoring; Einnahmen durch kommerzielle Nutzung
<b>Events/Festivals/ Großereignisse</b>	Initialisierung des Projektes durch die Aufführung des Theaterstücks „Mahabharata“ mit nationaler Bedeutung (1988); Entwicklung zu einem besonderen Veranstaltungsort während des Kulturhauptstadtjahres 1990 mit lokaler/ bis internationaler Bedeutung.
<b>Einschätzung</b>	Gelungene und inzwischen etablierte kulturelle Umnutzung eines ehemaligen Straßenbahndepots durch die Initiative und Förderung der Stadt Glasgow. Das Projekt konnte mit relativ geringem Einsatz öffentlicher Mittel realisiert werden und hat inzwischen einen hohen Grad internationaler Bekanntheit erlangt. Das Vorhaben wird in betrieblicher und künstlerischer Hinsicht durch die Stadt Glasgow gesteuert und erfährt auf lokaler Ebene erhebliche politische Unterstützung.

#### 4.7 Albert Dock, Liverpool (Großbritannien)

<b>derzeitige Nutzung</b>	museale Nutzung (Tate Gallery, Maritime Museum, Beatles Museum) mit kommerziellen Einrichtungen (Handel, Gastronomie) und Wohnen
<b>Standort</b>	ehemalige Dockanlage in unmittelbarer Nähe des Pier Head direkt am River Mersey, wenige Gehminuten vom Stadtzentrum entfernt, jedoch räumlich durch eine sechsspurige Uferstraße isoliert
<b>Eigentümer</b>	Alteigentümerin: Mersey Docks and Harbour Company; seit 1981: Merseyside Development Corporation (MDC)
<b>kulturelle Aneignung</b>	erste Überlegungen zur kulturellen Umnutzung durch den Merseyside County Council, später aufgegriffen durch die MDC und in Kooperation eines privaten Investors realisiert. Der Umnutzungsprozeß wurde maßgeblich durch die Ansiedlung der Tate Gallery unterstützt.
<b>Planungsverfahren</b>	alle Planungsverfahren wurden im Rahmen der besonderen Planungshoheit der MDC durchgeführt
<b>Denkmalschutz</b>	seit 1952 Denkmalschutz (Listed Building Grade I); seit 1976 Denkmalschutzbereich (Conservation Area)
<b>Hauptakteure</b>	Liverpool City Council (bis zur Gründung der MDC Bemühungen zur Reaktivierung des Albert Docks) Merseyside County Council (erste Umnutzungsideen) MDC (staatliche Entwicklungsgesellschaft zur Revitalisierung brachgefallener Dock- und Hafengebiete in Liverpool und am River Mersey, Projektträger für die Reaktivierung des Albert Docks) Arrowcroft Group (privater Investor; realisierte in Partnerschaft mit der MDC die Umnutzung des Albert Docks) Tate Gallery (wichtigster Nutzer des Albert Docks)
<b>Schlüsselpersonen</b>	Michael Heseltine, ehemaliger Secretary of State for the Environment. Heseltine initiierte die Gründung der MDC und setzte sich für die Reaktivierung des Albert Docks und die Stadterneuerung in Liverpool ein.
<b>Projektsteuerung</b>	MDC mit privater Investorengruppe Arrowcroft Group; Verwaltung der Gebäude durch die Albert Dock Company Ltd., einer Tochtergesellschaft der Arrowcroft Group.
<b>Medien/ Öffentlichkeitsarbeit</b>	laufende Medienbegleitung (lokal, regional, überregional); Beiträge in Fachzeitschriften und Fachbüchern; intensive Öffentlichkeitsarbeit (Broschüren, Newsletter, Faltblättern etc.) insbesondere durch die MDC aber auch durch die City of Liverpool, Tate Gallery, Merseyside Tourism Board, Merseyside Tourism & Conference Bureau etc.
<b>Kosten/ Finanzierung</b>	Gesamtkosten £256 Mio. (ca. 770 Mio. DM), davon £69 Mio. öffentliche Förderung (MDC, National Museums and Galleries, Historic Building Council, Merseyside Tourism Board, Stiftungen); £187 Mio. privates Investment (u.a. Arrowcroft Group, Granada TV, kommerzielle Nutzer)
<b>Events/Festivals/ Großereignisse</b>	Bedeutende Einzelveranstaltung als Unterstützung während der Eröffnungsphase: Großsegler-Regatta, Internationales Gartenfestival; seit 1990 begleitende Events/Festivals o.ä. (z.B. Columbus-Regatta 1992)
<b>Einschätzung</b>	Gelungene Reaktivierung einer Dockanlage durch kulturelle Umnutzung mit musealem Schwerpunkt; realisiert durch eine zentralstaatlich eingesetzte Entwicklungsgesellschaft (MDC) mit privatem Kooperationspartner (Arrowcroft Group). Die Umsetzung des Konzeptes erfolgte vor allem durch intensiven Einsatz des damaligen Umweltministers Heseltine und unter weitgehendem Ausschluß der Liverpoolscher Lokalpolitik und Stadtverwaltung.

## 5 Revitalisierung von Industriebrachen durch kulturelle Projekte: Ergebnisse der Fallstudienuntersuchung

Die Untersuchung der Fallbeispiele belegt, daß eine Revitalisierung von Brachflächen durch kulturelle und kulturbezogene Nutzungen eine finanziell überschaubare und risikoarme Möglichkeit darstellt, Problemstandorte kreativ zu nutzen.

Es zeigt sich jedoch, daß eine Patentlösung für die Implementierung solcher Projekte nicht verfügbar ist. Selbst bei vermeintlich ähnlich strukturierten Projekten zeigen sich zum Teil erhebliche Unterschiede. Die Entwicklung von standardisierten Handlungsempfehlungen wäre daher verfehlt; es können allerdings Hinweise für die Realisierung kultureller Nutzungen auf Brachen in krisenbetroffenen Gemeinden formuliert werden. Dabei „gilt der oberste Grundsatz: ‘Erst einmal stehenlassen!’“ (Ganser, Gespräch in der Startausgabe 1995, in: *Industrie-Kultur, Denkmalpflege, Kulturlandschaft, Umwelt und Technikgeschichte*, Nr. 1, 1995, S. 6).

Aus stadtplanerischer Sicht stellen kulturelle und kulturbezogene Nutzungen auf Brachen ideale Alternativen zum Liegenlassen oder zu unerwünschten Mindernutzungen dar. Sie bieten die Möglichkeit, Korrekturen in der historischen stadträumlichen Entwicklung vorzunehmen, und städtebaulich wie architektonisch bedeutsame Bausubstanz zu erhalten und sinnvoll umzunutzen. Kulturelle und kulturbezogene Aktivitäten auf ehemaligen Industriestandorten können als „Pionier-Nutzer“ die Erneuerung vom Verfall bedrohter Stadtteile initiieren und so positive Impulse für die Stadtentwicklung geben. Sie bewirken Imagevorteile für den Mikro- und den Gesamtstandort, leisten Beiträge zur Identifikation der Bevölkerung und erzeugen positive Effekte auf dem Arbeitsmarkt.

Die Initiative zur kulturellen Umnutzung von ehemaligen Industriestandorten kann von Kulturschaffenden, dem (Alt-)Eigentümer, der Gemeinde oder anderen öffentlichen Stellen, aber auch von Unternehmen oder Einzelpersonen ausgehen. Zu Beginn des Umnutzungsprozesses ist es unabdingbar, Konsens unter allen beteiligten Akteuren über das grundsätzliche Ziel des Projektes, die Rahmenbedingungen, die verfügbaren instrumentellen, zeitlichen, finanziellen und personellen Ressourcen, und die Projektorganisation sowie Projektsteuerung herzustellen.

Als wichtige Ausgangsvoraussetzung für das Entstehen kultureller und kulturbezogener Aktivitäten auf Brachen gilt jedoch ein fehlender Verwertungsdruck auf dem Bodenmarkt bei gleichzeitigem Nutzungseinverständnis durch den Eigentümer. Darüber hinaus kommt dem lokalen Planungs- und Entscheidungsmilieu eine zentrale Bedeutung zu: Kulturelle und kulturbezogene Nutzungen auf Brachflächen können nur in einem Planungs- und Entscheidungsmilieu erfolgreich verwirklicht werden, das kulturelle und kulturbezogene Nutzungen als Chance für die Revitalisierung von altindustriellen Problemstandorten und die Stadtentwicklung insgesamt begreift.

Bereits in einer frühen Phase des Umnutzungsprozesses empfiehlt es sich, die Steuerungs- und Organisationsmechanismen des Projektes festzulegen. Dabei sind grundsätzlich solche Strukturen zu bevorzugen, in denen flache Hierarchien kurze Entscheidungswege gewährleisten, die verantwortlichen Akteure über eine hohe Entscheidungskompetenz verfügen und eine zielorientierte Kommunikation zwischen den beteiligten Akteuren möglich ist. Die Bestimmung des geeigneten Projektorganisationsmodells erhält eine hohe Bedeutung für den Umnutzungsprozeß.

Der Umnutzungsprozeß erfordert eine Akteurskonstellation engagierter und involvierter „Schlüsselpersonen“, die das Projekt einerseits nach außen repräsentieren und öffentlichkeitswirksam unterstützen und andererseits die Entwicklung des Vorhabens steuern und vorantreiben.

In diesem Zusammenhang ist die Gemeinde als wichtige politisch-administrative Schaltstelle und Entscheidungsträgerin, neben dem (Alt-) Eigentümer und den Kulturschaffenden, ein bestimmender Akteur im Rahmen des Entstehungs- und Entwicklungsprozesses. Sie kann je nach individuellen Erfordernissen zweckmäßig strukturierte Projektorganisationseinheiten installieren und politische Voten zur parlamentarischen Absicherung herbeiführen. Darüber hinaus übt sie hoheitliche Kompetenzen im Rahmen von formellen Planungs- und Genehmigungsverfahren aus und steuert somit den Umnutzungsprozeß maßgeblich.

In einer Frühphase des Planungsprozesses wird die Überprüfung der Realisierungschancen der Projektidee im Rahmen einer ersten Standortuntersuchung und einer Projektskizze notwendig. Inhalte dieser Untersuchungen sind beispielsweise die Abschätzung möglicher Gefahrenpotentiale (z.B. durch Kontaminationen), die Klärung der Mitwirkungsbereitschaft des Eigentümers oder die Analyse von rechtlichen und sonstigen Restriktionen bei der Umnutzung. Aufgabe der Projektskizze ist, neben der Konkretisierung der Zielsetzung des Vorhabens, die Bestimmung von verschiedenen Lösungsalternativen zur Verwirklichung des Projektziels und deren Überprüfung im Hinblick auf ihre finanzielle, rechtliche, organisatorische, technische und städtebauliche Realisierungsfähigkeit. In Fällen primär kommerzieller Nutzungen kann auch die Anwendung betriebswirtschaftlicher Analysemethoden (z.B. Kosten-Nutzen-Analyse) sinnvoll sein.

Kulturelle und kulturbezogene Nutzungen auf Brachflächen erfordern die Anwendung von formellen und informellen/sonstigen Planungsinstrumenten und -verfahren. Dabei zeigt sich, daß formelle Planungsinstrumente und -verfahren im Entstehungs- und Entwicklungsprozeß eine eher untergeordnete Funktion einnehmen. Die Anwendung formeller Planungsinstrumente liegt in der hoheitlichen Kompetenz der planenden Gemeinde. Ihr Einsatz erfolgt sinnvollerweise bereits zu einem frühen Zeitpunkt des Umnutzungsprozesses und dient dazu, den planerischen Willen der politisch gewählten Vertreter zu dokumentieren und die Planungsabsichten der Gemeinde gegen unerwünschte Entwicklungen zu sichern. Darüber hinaus wird zur Beantragung öffentlicher Fördermittel zumeist auch ein parlamentarischer Beschluß der Gemeinde notwendig.

Im Gegensatz zu der Anwendung formeller Planungsinstrumente und -verfahren kommt dem Einsatz informeller/sonstiger Planungsinstrumente eine maßgebliche Funktion im Umnutzungsprozeß kultureller und kulturbezogener Nutzungen auf Brachflächen zu. Sie dienen der Formulierung von wichtigen Planungsinhalten und bilden die Ausgangsbasis für den Einsatz formeller Instrumente und Verfahren. Als informelle/sonstige Planungsinstrumente stehen je nach Einzelfall Rahmenplanungen, städtebauliche Ideen- oder Realisierungswettbewerbe, Investorenwettbewerbe, offene Gutachterverfahren oder Entwicklungskonzepte zur Verfügung. Entscheidend für den Erfolg bei der Anwendung informeller/sonstiger Planungsinstrumente sind die Mitwirkungs- und Entscheidungsmöglichkeiten aller an der Planung beteiligten Akteure.

In einzelnen Fällen erfordert die Implementierung kultureller und kulturbezogener Aktivitäten auf Brachflächen die förmliche Entlassung bzw. Entwidmung des Standortes aus der Planungshoheit eines Fachplanungsträgers, beispielsweise des Bergbaus, zur Wiederherstellung der gemeindlichen Planungshoheit. Während bauplanungsrechtliche Verfahren zumeist unproblematisch verlaufen, ergeben sich im Rahmen bauordnungsrechtlicher Genehmigungsverfahren oft Schwierigkeiten. Die kulturelle Nutzung einer Brachfläche

erfordert in den meisten Fällen eine bauordnungsrechtliche Genehmigung, die teilweise Umbaumaßnahmen nach sich zieht.

Kulturelle und kulturbezogene Nutzungen lassen sich denkmalschutzverträglich realisieren. Konflikte treten meist nur im Zusammenhang mit umfangreicheren Umbaumaßnahmen auf; allerdings lassen sich fast immer auf kooperativem Wege einvernehmliche Lösungen dieser Problemfälle herbeiführen. In einigen Fällen ermöglichte sogar erst die denkmalrechtliche Unterschutzstellung die Entstehung und Entwicklung kultureller und kulturbezogener Aktivitäten auf einer Brache.

Zur öffentlichkeitswirksamen und transparenten Darstellung kultureller und kulturbezogener Projekte auf Brachflächen ist eine offensive und stetige Medienbeteiligung erforderlich. Die regelmäßige und intensive Berichterstattung während des gesamten Entstehungs- und Entwicklungsprozesses kann die Bekanntheit eines Projektes in der Öffentlichkeit fördern und die Identifikation von Bevölkerung und politischen Akteuren mit dem Vorhaben gewährleisten. Empfehlenswert ist die frühzeitige und intensive Einbindung der Medien in den Planungsprozeß. Je nach Größe und Bedeutung des Projektes bietet auch die Erstellung eigener Informationsmaterialien und -dienstleistungen bis zur Vermarktung von Merchandisingprodukten eine effektive Form der Öffentlichkeitsarbeit.

Die Entstehung und Entwicklung kultureller und kulturbezogener Nutzungen auf Brachflächen kann durch Events, Festivals und andere (Groß-)Ereignissen positiv beeinflusst und unterstützt werden. Sie sind geeignet, die Aufmerksamkeit von Politik und Öffentlichkeit auf das Projekt zu lenken, besondere finanzielle und personelle Ressourcen verfügbar zu machen oder das Interesse der Medien zu wecken. Der Einsatz von Festivals, Events und anderen (Groß-) Ereignissen erfordert allerdings die Abschätzung möglicher negativer Auswirkungen und gegebenenfalls die Anwendung von Maßnahmen und Instrumenten zu ihrer Vermeidung oder Kompensation.

Die Verfügbarkeit und Zugänglichkeit von öffentlichen und privaten Finanzressourcen stellt für die Entstehung und Entwicklung kultureller und kulturbezogener Nutzungen auf Brachen meist kein Problem dar. Allerdings bedingt der Mitteleinsatz aufgrund seiner Komplexität der zu verknüpfenden Förderungs- bzw. Finanzierungsmodule einen hohen Informations- und Bearbeitungsaufwand. Neben öffentlichen Mitteln gewinnt der Aspekt privater Zuwendungen, z.B. durch Sponsoring, zunehmend an Bedeutung. Die Einbindung privater Mittel erfordert jedoch eine konsensorientierte Kooperation zwischen Kulturschaffenden sowie öffentlichen und privaten Akteuren, mit dem Ziel, gegenseitiges Mißtrauen abzubauen.